



Gunther Krichbaum

Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/227-70371 Telefax: 030/227-76371
E-Mail: gunther.krichbaum@bundestag.de
www.gunther-krichbaum.de

Berlin aktuell

Vier gute Jahre für Deutschland!

Unionsfraktion zieht positive Bilanz

In der letzten regulären Sitzungswoche des Deutschen Bundestages vor der Wahl im Herbst zieht die CDU/CSU-Fraktion Bilanz ihrer Arbeit in der großen Koalition. Über vier Jahre hat die Union und die von Angela Merkel geführte Bundesregierung in der großen Koalition wieder politische Verantwortung für unser Land getragen.

Gerade das vergangene Jahr mit der größten Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg hat uns viel abverlangt. Sie hat uns zu vielen Entscheidungen in unserer Politik gezwungen, von denen wir selbst noch vor zwei Jahren nicht gedacht hätten, dass sie jemals notwendig werden würden. Wir alle hätten uns gewünscht, das Ende der Legislaturperiode weniger stürmisch zu erleben.

Und trotz der Krise: Wenn wir zurückblicken, können wir sagen: Es waren vier gute Jahre, die unser Land in vielen Bereichen nach vorne gebracht haben. Deutschland hat wieder erheblich an wirtschaftlicher Stärke gewonnen und ist der attraktivste Wirtschaftsstandort in Europa. Zugleich ist Deutschland zu einem kinderfreundlicheren Land geworden. Innere und äußere Sicherheit sind bei uns in guten Händen. Und auch der Zusammenhalt unserer Gesellschaft wurde gestärkt. In Europa und der Welt sind wir zudem wieder ein verlässlicher und viel geachteter politischer Partner und Freund. Diese positive Rückschau lässt uns kraftvoll in die Bundestagswahl ziehen: Die Union startet mit Rückenwind in den Herbst. Das gute Ergebnis bei der Europawahl hat gezeigt: Eine bürgerliche Regierung ist möglich. Angela Merkel ist so beliebt wie kein Bundeskanzler vor ihr. Die Bevölkerung traut CDU und CSU die Lösung der anstehenden Probleme weit eher zu als der SPD.

Wir haben daher alle Chancen, nach der Bundestagswahl im September eine Regierung zusammen mit der FDP zu bilden. Wir wissen aber auch, dass die Wahl noch nicht gewonnen ist. Vor uns liegen jetzt drei Monate, in denen es darum geht, noch mehr Bürgerinnen und Bürger für unsere politischen Vorstellungen zu gewinnen.

Mit ihrem Wahlprogramm geben CDU und CSU klare Antworten, wie wir unser Land aus der Krise führen und wieder auf Wachstumskurs bringen wollen. Zentral ist unser Versprechen, die Bürgerinnen und Bürger durch Steuersenkungen zu entlasten. Nur durch Leistung können wir gestärkt aus der Krise hervorgehen. Darum ist es richtig, den Leistungsträgern durch Steuersenkung Anreize zu geben und Leistung zu fördern, ehe über eine Erhöhung der Transferleistungen nachgedacht wird. Steuererhöhungen wären dagegen Gift für die Konjunktur.

Wir haben in dieser Legislaturperiode gezeigt, dass Wachstum und die Bekämpfung des Haushaltsdefizits kein Widerspruch sind. 2008 haben wir zum ersten Mal seit rund zwanzig Jahren wieder einen ausgeglichenen Gesamthaushalt vorgelegt. Wachstum ist das beste Mittel zur Konsolidierung der Staatsfinanzen. Die Bürgerinnen und Bürger haben am 27. September die Wahl: Soll Deutschland von einem Linksbündnis unter Führung der ausgelaugten und ideenlosen SPD regiert werden oder soll Bundeskanzlerin Angela Merkel ihre erfolgreiche Arbeit fortsetzen und unser Land in einer Koalition aus CDU/CSU und FDP sicher aus der Krise führen? Diese Wahl ist eine entscheidende Weichenstellung für die Politik des kommenden Jahrzehnts. Wir werden kraftvoll dafür kämpfen, diese Weichen richtig zu stellen.

Vertrag von Lissabon verfassungsgemäß

Das Bundesverfassungsgericht hat in dieser Woche die Klagen gegen den Vertrag von Lissabon zurückgewiesen. Er ist damit mit dem Grundgesetz vereinbar. Der Zweite Senat formulierte jedoch die Auflage, das sog. Begleitgesetz zu ändern, damit die Beteiligungsrechte des Bundestages bei bestimmten europäischen Entscheidungen gestärkt werden. Wir werden daher die Sommermonate intensiv für die Beratungen nutzen, um das veränderte Gesetz am 8. September beschließen zu können. Die Entscheidung aus Karlsruhe ist wichtig, weil nun die Vorwürfe, der Vertrag von Lissabon höhle die deutsche Souveränität unzulässigerweise aus, keine Grundlagen mehr haben. Zugleich werden die Rechte des Parlaments in bestimmten europapolitischen Bereichen gestärkt. Von dem Urteil geht hoffentlich auch ein positives Signal Richtung Irland, wo im Herbst ein zweites Referendum zum Lissabon-Vertrag stattfinden wird.

Unser Einsatz für Arbeit

Trotz der Finanz- und Konjunkturkrise zeigt sich der Arbeitsmarkt weiterhin robust. Zugleich steigt auch die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung an. So waren im Juni 2009 3,41 Mio. Menschen arbeitslos. Dies ist selbst gegenüber dem Aufschwung 2007 noch ein Rückgang der Arbeitslosenzahl um rund 277.000, gegenüber dem rot-grünen Sommer 2005 sogar ein Rückgang um über 1,2 Mio. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten ist gegenüber dem Vorjahr um 70.000 auf 27,40 Mio. angestiegen.

Mit dem verlängertem Kurzarbeitergeld und den Veränderungen bei der Weiterbildungsförderung haben wir den Unternehmen bereits ermöglicht, trotz der Krise an ihren Beschäftigten festzuhalten und Entlassungen zu vermeiden. Diese Möglichkeiten bauen wir zugunsten der Beschäftigungssicherung weiter aus. So geben wir den Unternehmen langfristige Planungssicherheit, indem künftig die Sozialversicherungsbeiträge ab dem siebten Monat voll von der Bundesagentur für Arbeit übernommen werden. Wie bisher gilt, dass diese bei einer Qualifizierungsmaßnahme vom ersten Monat an übernommen werden können. Zusammen mit der Verlängerung der Kurz-

arbeit auf 24 Monate haben wir damit die Grundlagen dafür gelegt, dass alle Unternehmen durchhalten können, bis eine wirtschaftliche Belebung einsetzt. Angesichts des Fachkräftemangels der letzten Jahre ist es für die Unternehmen in Hinblick auf den nächsten Aufschwung wichtig, ihre gut eingearbeiteten Beschäftigten zu halten.

Darüber hinaus haben wir konkrete Hilfen für Auszubildende beschlossen. Alle Auszubildenden sollen ihre Ausbildung beenden können, auch dann, wenn ihr Ausbildungsbetrieb in die Insolvenz geht. Deswegen werden künftig Betriebe mit dem Ausbildungsbonus gefördert, die es solchen jungen Auszubildenden ermöglichen, ihre Ausbildung in einem anderen Betrieb fortzusetzen.

BND-Untersuchungsausschussergebnis

In dieser Woche nahmen wir den Bericht des BND-Untersuchungsausschusses zur Kenntnis. Deutlich wurde, dass die SPD sich zwar ihr „Nein“ zum Irak-Krieg im Wahlkampf 2002 auf die Fahnen schrieb, im Geheimen jedoch den Luftkrieg der Amerikaner unterstützt hat. Die Leugnung der früheren rot-grünen Bundesregierung, am Irak-Krieg beteiligt gewesen zu sein, wurde durch den Nachweis einer indirekten Beteiligung enttarnt.

Zinssenkungen müssen beim Verbraucher ankommen

Während die Europäische Zentralbank ihre Leitzinsen binnen eines Jahres deutlich auf den historisch niedrigen Satz von nur einem Prozent gesenkt hat, sanken die Zinsen für Raten- oder Dispokredite sowie Baugeld nur geringfügig. Es kann nicht sein, dass die Finanzwirtschaft Leitzinssenkungen erst nach Monaten weitergibt - Leitzinserhöhungen aber bereits nach Tagen. Deshalb profitieren von dem historisch niedrigen Leitzins derzeit weder Unternehmen noch Verbraucher. Das Geld kommt nicht da an, wo es hin soll. Angesichts der Milliardenhilfen für den Bankensektor müssen die Banken hier ihrer Verantwortung nachkommen. Es geht deshalb um eine faire Anpassung der Zinsen. Es ist richtig und wichtig, dass Verbraucherministerin Ilse Aigner das Verhalten der Geldinstitute von ihrem Haus jetzt genau prüfen und dokumentieren lässt.